

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dänisch 102-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Morwirts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Vertriebsabteilung
Weichlingstraße 3-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH.
Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dänisch 2500-2501

Mussolinis Ultimatum abgelehnt.

Athen, 31. August. (M.B.) Die griechische Antwortnote ist heute abend der italienischen Gesandtschaft durch den Chef der politischen Sektion im Ministerium des Äußeren übergeben worden.

Die Note erklärt, die griechische Regierung betrachte die in der italienischen Verbotsnote enthaltene Behauptung der italienischen Regierung als ungerecht, nach welcher sich die griechische Regierung einer schweren Beleidigung Italiens schuldig gemacht habe. Es sei der griechischen Regierung unmöglich, die Hauptpunkte der unter Nummer vier, fünf und sechs in der italienischen Verbotsnote formulierten Forderungen anzunehmen, die einen Angriff auf die Ehre und die Souveränität des Staates bedeuten. Indem die griechische Regierung nichtsdestoweniger in Betracht ziehe, daß das abschließliche Ultimatum auf griechischem Boden gegen Bürger einer griechen befreundeten Nation begangen wurde, die mit einer internationalen Mission betraut waren, erkläre sie, folgendes anzunehmen zu wollen:

1. Die griechische Regierung werde der italienischen Regierung in ausführlichster amtlicher Form ihr Bedauern aussprechen. Zu diesem Zweck werde der Botschaftsminister von Athen dem italienischen Gesandten einen Besuch abstatten.
2. Die griechische Regierung werde einen Trauergottesdienst für die Opfer in der Athener katholischen Kirche abhalten lassen, dem alle Regierungsmitglieder beiwohnen werden.
3. Am gleichen Tage würden der italienischen Flagge Ehrenbezeugungen in folgender Weise erwiesen werden: Eine Abteilung der Athener Garnison werde sich zur italienischen Gesandtschaft begeben und die italienische Flagge durch Erweisung der herkömmlichen Ehrenbezeugungen grüßen.
4. Militärische Ehrenbezeugungen sollen in aller Feierlichkeit den Opfern in Drevesa im Augenblick der Ueberführung der Leichen an Bord eines italienischen Schiffes erwiesen werden. Die griechische Regierung sei außerdem geneigt, den Familien der Opfer aus Billigkeit eine gerechte Entschädigung zu bewilligen und die Mittel der obersten Person anzunehmen, der die Untersuchung durch Mittelungen erleichtern solle, die für die Entdeckung der Schuldigen von Nutzen sein könnten.

Die griechische Regierung möchte hoffen, so schließt die Antwortnote, daß die italienische Regierung die Wohlwollendheit des dargestellten Standpunktes ebenso anerkennen werde, wie den persönlichen Geist und den lebhaften Wunsch der griechischen Regierung, die italienische Regierung in der gerechtesten Weise zufriedenzustellen.

Die Antwort der griechischen Regierung an Italien verwarf den durch die Ermordung der italienischen Kommission entstandenen Konflikt zwischen Italien und Griechenland. Die griechische Regierung lehnt es ab, die in den Artikeln 4, 5 und 6 des italienischen Ultimatums enthaltenen Forderungen zu erfüllen. Diese Punkte verlangen Abschluß der Untersuchung gegen die Täter binnen fünf Tagen, ferner Zahlung einer Entschädigung von fünfzig Millionen Lire in derselben Frist und Todesstrafe für alle Schuldigen. Diese Forderungen werden von der griechischen Regierung als mit der nationalen Ehre unvereinbar abgelehnt, in allen anderen Punkten jedoch kommt sie dem Ultimatum Mussolinis vollkommen entgegen.

In der griechischen Presse wird gegenüber dem italienischen Ultimatum hervorgehoben, daß Griechenland bereit sei, in weitestgehender Weise allen berechtigten Forderungen Italiens entgegenzukommen, daß es aber unmöglich demütigungen über sich ergehen lassen könne, wie sie selbst das zaristische Rußland nach der Ermordung der russischen Konsuln in Albanien der Türkei Abdul Hamids auferlegte. Dieser Vergleich ist durchaus berechtigt. Die demütigenden Forderungen Mussolinis müssen um so mehr verworfen werden, als noch keineswegs feststeht, wer das Ultimatum gegen die italienische Kommission verfaßt hat. Mit Recht wendet sich deshalb vor allem die englische Presse gegen das Vorgehen Mussolinis, dessen Ultimatum allgemein als unehrerbietig und streng bezeichnet wird. Man fürchtet in England, daß es zu kriegerischen Verwicklungen zwischen Italien und Griechenland kommen könne, die den ganzen Balkan wieder in Flammen setzen würden. Diese Verwicklungen sucht nun England als vorherrschende Seemacht im östlichen Mittelmeer zu verhindern, und wenn es auch von einer direkten Intervention vorläufig Abstand nimmt, so läßt doch die gesamte englische Presse darüber keinen Zweifel, daß die Methoden des starken Mannes, oder, wie der liberale „Star“ sich ausdrückt, die „Rizinusdiplomatie“ Mussolinis in England allgemeine Verurteilung findet. Diese Proteste der englischen Presse werden durch entsprechende militärische Vorbereitungen unterstützt. Die „Echo de Paris“ aus London meldet, hat eine Division der englischen Flotte in Malta bereits Befehl erhalten, nach den griechischen Gewässern abzufahren, was zweifellos als Vorichtsmaßnahme gegen die Teilhaberschaft der italienischen Flotte gewertet werden muß. Gleichzeitig wird in der englischen Presse sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die italienische Regierung nach den Bestimmungen der Völkerbundscharten zwar Schiffe nach den griechischen Gewässern absenden, sie aber bis frühestens Ende November zu feindseligen Zwecken nicht benutzen darf.

Trotz dieser Stellungnahme Englands, dessen Botschaft hier vor allem ins Gewicht fällt, ist bei dem neu ausgebrochenen italienisch-griechischen Konflikt mit allerhand Uebererzählungen zu rechnen. Die „Rizinusdiplomatie“ Mussolinis hat die nationalistischen Leidenschaften in Italien wieder zum Ueberkochen gebracht. Täglich werden neue Ausschrei-

tungen faschistischer Banden gegen griechische Konsulate gemeldet. Die Presse überschlägt sich in chauvinistischen Ueberhebungen. Der noch immer unbefriedigte Expansionsdrang des italienischen Imperialismus sucht sich nun im Anschluß an die Vorgänge in Albanien erneut zu betätigen und das Vorgehen gegen Griechenland mit der auf der Tagesordnung stehenden Fiumefrage in Verbindung zu bringen. Nicht nur Griechenland soll gedemütigt werden, es soll auch die Stellung Italiens gegen Südslawien gefestigt werden. Angesichts dieser Bestrebungen Italiens ist es die Pflicht der Großmächte, vor allen Dingen mäßigend auf die Regierung Mussolinis einzuwirken. Das Unheil, das dieser „starke Mann“ in der inneren Politik angerichtet hat, darf nicht auch auf die äußere Politik übergreifen.

Poincaré - Baldwin - Curzon.

Paris, 31. August. (Eco.) Ueber die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Poincaré und den englischen Ministern schreibt der „Matin“: Lord Curzon hat in klarer Weise den Wunsch ausgedrückt, auf seiner Durchreise durch Paris mit Poincaré zu sprechen. Auch Baldwin hat den Wunsch ausgesprochen, sich mit Poincaré zu unterhalten. Poincaré hat darauf Baldwin mitteilen lassen, daß er sich mit Vergnügen zu seiner Verfügung halte. Man kann also einer Zusammenkunft zwischen Poincaré und Curzon in nächster Zeit entgegensehen. Eine Zusammenkunft Poincarés mit Baldwin wird wahrscheinlich in der zweiten Septemberwoche erfolgen. Jedenfalls wird jedoch Baldwin Poincaré nicht sehen, bevor dieser mit Lord Curzon gesprochen hat.

Faschistenrummel in England.

London, 31. August. (M.B.) Der sozialistische „Daily Herald“ enthält heute einen Organisationsplan der britischen Faschisten, deren Führer der Herzog North-Cumberland sein soll, der der extrem-konservativen Gruppe der Diehards angehört. In einem obskuren Wochenblatt „Der Patriot“, das von dem Herzog finanziert ist, wurden bereits mehrere Aufsätze veröffentlicht, in denen es heißt, daß sich eine Organisation gebildet habe, um die „Verteidigung des Königs und des Reiches“ zu machen, wenn notwendig mit „Waffengewalt“. Diese britische Faschistenorganisation hat ihre Einteilung ähnlich wie die italienische gestaltet und sich zu Gruppen von sieben Mitgliedern mit je einem Führer gestaltet, zu dem Zwecke, in ihrem eigenen Gebiet aktive Maßnahmen gegen die revolutionären Elemente zu ergreifen. Zur Bekämpfung von Streiks oder revolutionären Bewegungen sollen die Faschistengruppen in Kompanien und Divisionen eingeteilt werden. Ebenso ist die Einrichtung von Transportabteilungen mit Automobilen, Motorrädern und Fuhrwerken vorgesehen. Da das ganze Unternehmen illegal ist, wird es wahrscheinlich von dem großen britischen Publikum verächtlich nicht ernst nimmt.

Beruhigung im Ruhrbergbau.

Frankfurt a. M., 31. August. (M.B.) Ueber die Lage im Ruhrbergbau wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Essen berichtet: Die Lage im Bergbau, die am Mittwoch noch sehr unklar schien, hat sich im Laufe des gestrigen Tages wesentlich gebessert. Nachdem die am Mittwoch im Rathaus zwischen den Bergleuten und dem Zecheverband beim Staatskommissar Linke gepflogenen Verhandlungen zu keinem anderen Ergebnis geführt hatten, als daß der Zecheverband als Grundlage für jede Verhandlung die Forderung stellte, daß zunächst die Bergleute die Arbeit aufnehmen sollten, sind gestern morgen mit Ausnahme von drei Schachtanlagen die Belegschaft wieder vollständig zur Arbeit angefahren. Auf den drei Schachtanlagen gelang es der rein syndikalistischen Mehrheit, den arbeitswilligen Teil der Belegschaft zu hindern, und es ist mehr als interessant, daß es sogar Kommunisten waren, die mit den Gewerkschaftlern die Arbeit wieder aufgenommen hatten und nun mit Gewalt von den Syndikalistinnen aus der Grube geholt wurden.

Man verpicht sich in Bergarbeiterkreisen außerordentlich viel von der am Dienstag stattfindenden Versammlung aller vier Organisationen, die in Bochum stattfindet.

Stillstand der Dollarhauffe.

Der Dollar anfangs 13 Millionen, dann 10 Millionen. Der Markt sah sich im Anfang der heutigen Börse weiter fort. Die Vermehrung der Inflation, Anwachsen der Schulden, die drohenden Betriebsstilllegungen, die nach den Meldungen an der Börse, namentlich für Hamburg, unmittelbar bevorstehen, die drohenden Komplikationen, die sich daraus ergeben, die fortbestehende Ungewißheit der außerordentlichen Verhältnisse, dies sind die Hauptargumente, die man in Börsentreiben zu Felde führt. Die starke Nachfrage nach Einfuhrdevisen, der auch heute nur wenig Angebot gegenübersteht, trieb die Devisen noch weiter in die Höhe. Gegen 12 Uhr hatte der Dollar einen Stand von circa 13 Millionen erreicht. Gegen 11 Uhr trat ein plötzlicher Umschwung ein. Gerüchte von einer bevorstehenden Intervention der Reichsbank und auch Gerüchte politischer Natur drückten den Dollar auf 10 Millionen, teilweise sogar auf unter 10 Millionen herunter.

Der Effektenverkehr folgte den wilden Schwüngen der Devisen. In der ersten Börsenstunde zeigte eine panikartige Flucht aus der Markt ein. Beamtengelder spielen auch jetzt noch immer eine nicht unterschätzbare Rolle. Die Spekulation schritt in größerem Umfange zu Käufen auf dem Markt der Wertpapiere. Das Publikum hat unzählige Kaufordere auf den Markt geworfen, während andererseits keinerlei Material herausgegeben wurde.

Der Kampf der Ressorts.

Seitdem in Deutschland die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Vereinbarungen mit den Unternehmern durch die Reichsverfassung erfolgt ist, seitdem die durch die Gewerkschaften vertretene Arbeitnehmerchaft einen gesetzlichen Anspruch auf kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen besitzt, seitdem Betriebsräte als gesetzliche Vertretungen der Arbeiter und Angestellten bestehen, um die Durchführung der abgeschlossenen Kollektivverträge zu überwachen und, in gewissen Grenzen, selbst Vereinbarungen mit dem Unternehmer abzuschließen — kurz: seitdem es in Deutschland ein kollektives Arbeitsrecht gibt, ist das Prinzip des „Herrn im eigenen Hause“ in seinen Wirkungen in beträchtlichem Maße beschränkt.

Das Unternehmertum hat sich zwar keineswegs mit diesem neuen Zustand abgefunden, aber es hat sich doch bisher im allgemeinen, wenn auch knurrend, dem Gebot der „verdammten Gesehmäßigkeit“ unterworfen.

Nur einen Arbeitgeber gibt es im Lande, der alle Mittel anwendet, um sich den ungewissen Bindungen der neueren arbeitsrechtlichen Gesetzgebung zu entziehen: er heißt Staat.

Das führende Organ der Praxis des kollektiven Arbeitsrechts ist das Reichsarbeitsministerium. Wir haben keinen Grund, mit dieser Praxis restlos zufrieden zu sein, aber die Herren Arbeitgeber sind es noch weniger. Recht bitter haben sie oft darüber geklagt, daß ihnen so im Handumdrehen vom Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch „aufgedrückt“ worden ist, der sie zur Zahlung von Löhnen zwingt, die freiwillig zu bewilligen nicht ihre Absicht war. Und es muß wohl anerkannt werden, daß es dem Reichsarbeitsministerium in der Tat in zahlreichen Schlichtungsverfahren gelungen ist, widerstrebende Arbeitnehmer zur Anerkennung wenigstens der dringenden Lohnansprüche von Arbeitern und Angestellten zu nötigen.

Nur dem einen Arbeitgeber, dem Staat gegenüber ist der Arm des Reichsarbeitsministeriums schwach. Die großen Ressorts, insbesondere Reichsverkehr, Reichspost und Finanz, die zahlreiche Arbeitnehmer beschäftigen, sträuben sich heftig gegen jede Einmischung des kleinen Bruders von der Scharnhorststraße in die Regelung der Arbeitsbedingungen. Alle ihre Bemühungen, das oben kurz gekennzeichnete Recht auch der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer einzuschränken, unternehmen sie im offenen Widerspruch zu der vom Reichsarbeitsminister gegenüber dem Unternehmertum gepflegten Praxis. Ihr Bestreben ist es, Stück für Stück von dem bestehenden Recht hinwegzuinterprieren. Dabei gehen sie offenbar planmäßig und in völliger Uebereinstimmung vor. Es vergeht kein größerer Zeitraum, ohne daß nicht die eine oder andere Streitfrage solcher Art zwischen diesen Behörden und ihren Arbeitnehmern schwebt. Und wenn das eine Ressort in einem solchen Streite einen Erfolg erzielt, so machen sich alle anderen flugs den Vorteil zu eigen. Sofort flattern die Runderlasse in großen Auflagen ins Land, um allen Dienststellen den neuen Sieg der Ressorts über den Geist des kollektiven Arbeitsrechts zu verkünden und zur „Nachachtung“ dringend ans treue Beamtentum zu legen. Einmal wird versucht, das Recht der Betriebsräte einzuschränken, indem man — mit einem Anflug von ungewollter Selbstironie — erklärt, Reichspost und Reichsbank seien keine „Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken“ im Sinne des Betriebsrätegesetzes, ein andermal versucht man, weite Kreise von Arbeitern von den Tarifverträgen auszuschließen. Die gleiche Tendenz zeigt sich gegenwärtig wieder bei dem Streit zwischen der Reichsbank und ihrem Betriebsratsvorsitzenden, wobei sich die Havensteiner wiederum heftig gegen die Schlichtungsversuche des Reichsarbeitsministeriums zur Wehr setzen. Das hübscheste Produkt dieses Bestrebens der Ressorts stellen aber die Sonderlichungsausschüsse der Reichsbahn dar, deren Verwaltung überhaupt in allen diesen Dingen eine tonangebende Rolle spielt.

Nach § 104 des Betriebsrätegesetzes können für die Unternehmungen und Verwaltungen des Reiches und der Länder solche Sonderlichungsausschüsse eingerichtet werden, die Errichtung erfolgt durch Verordnung. Die daraufhin erlassene Verordnung, die das Datum des 14. April 1920 trägt, schuf auch für die Reichsbahnverwaltung und ihre Arbeitnehmer Schlichtungsausschüsse, die völlig abgetrennt vom gesamten übrigen Schlichtungswesen ein höchst einfaches Dasein führen und durch ihre Existenz weit höhere Kosten für die Beilegung der im Gebiet der Reichsbahn entstehenden Streitigkeiten verursachen, als wenn die Erledigung dieser Streitfälle den ordentlichen Schlichtungsausschüssen obliegen würde. Die Aufsicht aber über die Geschäftsführung dieser Schlichtungsstellen führt der Herr Reichsverkehrsminister, also der Arbeitgeber. Was würde man sagen, wenn sich etwa Herr Stinnes für die nicht geringe Zahl seiner Betriebe besondere Schlichtungsorgane schaffen würde, die er selbst beherrscht und mit Hilfe derer er die Herrschaft „im eigenen Hause“ wieder herzustellen versucht? Bei dem Reichsressort aber ist so etwas möglich, und es ist wiederum bezeichnend, daß jene Verordnung vom 14. April nicht im Reichsarbeitsministerium, sondern an einer ganz anderen, mit der gewerkschaftlichen Regelung arbeitsrechtlicher Fragen im allgemeinen nicht betrauten, an der hier gekennzeichneten Tendenz der großen Ressorts aber stark interessierten Stelle entstanden ist.

Deutschler brauchen wir einstweilen wohl nicht zu werden, um darzutun, daß hier eine Kursänderung herwirkt werden muß. Und daß an einer solchen Kursänderung nicht nur die Angestellten und Arbeiter des Reiches und der Länder, sondern alle Arbeiter und Angestellten ein dringendes Interesse haben, braucht wohl überhaupt nicht erst bewiesen zu werden. Handelt es sich doch darum, daß Reichsgesetze von Reichsbehörden ganz bewußt ausgesetzt werden zugunsten der Wiederherstellung des Prinzips vom „Herrn im eigenen Hause“. Wenn das bei den Stellen geschieht, die diese Gesetze zu hüten hätten, was soll dann von den Unternehmern erwartet werden, die — angeblich — so gewaltig unter den Wirkungen dieser Gesetzgebung leiden. Die neue Regierung hat viel und wichtiges zu tun. Das verkennen wir nicht. Aber es wäre auch nicht unwichtig, wenn sie einmal eine Stunde ihres Nachdenkens auf diesen Gegenstand verwenden würde, zumal es nicht ausgeschlossen ist, daß ihre finanz- und währungsrechtlichen Maßnahmen von sozialpolitischen werden begleitet sein müssen. Diese werden nur durchzusetzen sein, wenn das Reichsministerium mit seiner vollen Autorität ausgestattet erscheint, was aber nicht der Fall sein wird, wenn diese Autorität von anderen wichtigen Ressorts zerstückelt wird.

Phantasien der „D. A. Z.“

Genosse Wels schreibt uns:

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt heute morgen eine Koliz über die Verhältnisse in Sachsen. Sie teilt darin unter Meinung meines Namens mit, daß in Dresden eine Konferenz stattgefunden habe, die sich mit einem Komplex von Fragen der sächsischen Politik beschäftigte. Es sei hierbei zu „bindenden Erklärungen und Abmachungen“ gekommen, die für die Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung für die innere Politik wären.

Dazu habe ich zu erklären: Alles, was die „ADZ.“ über Zusammenkunft, Tagesordnung und Beratungsergebnisse der verhandelnden Körperschaft erzählt, ist vollkommen falsch. Es handelte sich um eine Art Vorbereitungs- und Verhandlung, die erst am heutigen Tage zu ihrem Abschluß kommen und die insbesondere mit der Frage der Regierungsbildung in Sachsen nicht das geringste zu tun hatten. Solche leichtfertigen Falschmeldungen aus vertraulichen Beratungen können auf das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten nur vergiftend wirken. Ob diese Wirkung beabsichtigt war, will ich dahingestellt sein lassen.

Der deutschnationale Widerruf.

Furcht vor der Strafe.

Mit der Frage, warum die Deutschnationalen vor zwei Wochen den Steuererlassen zustimmten, gegen die sie jetzt heben, beschäftigt sich auch Max Maurenbrecher in der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“. Maurenbrecher glaubt dem schwierigen Fall nur mit den Hilfsmitteln der Psychoanalyse beikommen zu können. Er schreibt:

Man mußte zunächst sehr erstaunt sein, als selbst die Deutschnationale Volkspartei sich dazu hatte verführen lassen, diesen lurchbaren Gesetzen aus taktischen Gründen ihre Zustimmung zu geben. Selbst in dieser Fraktion der Landwirte und der mittleren selbständigen Industriellen hatte also der unheilvolle Einfluß parlamentarischer Lust sich so stark bemerkbar gemacht, daß auch bei ihr das Schlagwort zunächst gehegt hätte, man müßte wirtschaftliche Bedenken gegenüber politischen Notwendigkeiten zurückstellen. Selbstverständlich muß das, wo privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte miteinander in Streit geraten. Aber wo alle Lebensmöglichkeiten der Zukunft dem Augenblicksbedürfnis parlamentarischer Popularitätshähererei geopfert werden sollen, da fordern wir von der Partei der nationalen Opposition so viel Rückgrat, Charakter und Mut, daß sie einer verhängnisvollen Welle sich entgegenstemmen vermag. Daß diese Steuererlasse heillos wirken würden, mußte jeder volkswirtschaftlich denkende Mensch beim ersten Lesen der Entwürfe sich sagen. — Inzwischen aber hat

die deutschnationale Partei sich besonnen, hat in ihrer gestern veröffentlichten großen Rundgebung ihre Zustimmung zu den Steuererlassen in aller Form widerrufen und hat sich einheitlich und klar in die Linie nationaler Opposition gestellt. Sie hat also jetzt dem „volkswirtschaftlichen Denken vor der taktischen Angstlichkeit“ den Vorrang gegeben. Es wäre aber für die Partei auch taktisch ein großer Erfolg gewesen, wenn aus ihrer Mitte sich sofort Männer gefunden hätten, die das, was alle dachten, aber was niemand zu sagen den Mut hatte, rückhaltlos ausgesprochen hätten. Eine Fraktion, die selbst der Furcht vor der Strafe erliegt, die sich einschüchtern oder einschüchtern läßt durch das Hintertreiben parlamentarischer Beeinflussung, kann niemals Anspruch darauf erheben, zum Führer einer großen Volksbewegung und eines wirklich durchgreifenden Wiederaufbaues zu werden. Wer Führer sein will, muß gerade in solchen Stunden Führung halten und darf sich nicht durch andere führen lassen!

Also, am 9. und 10. August zitterten und bibberten die armen deutschnationalen Kerlechen vor der Strafe und taten aus purer Angst etwas, was sie nicht verantworten konnten. Als sie dann aber sahen, was sie angerichtet hatten, zitterten und bibberten sie noch mehr und widerriefen jammervoll ihre feierlichen Erklärungen und Beschlüsse. So sieht in der Darstellung eines ihrer Prominenten die Partei aus, die Deutschland aus seinen Ketten befreien will.

Allerwelts-Doktoren.

Die Kommunisten auf Bauern- und Beamtenfang.

Die kommunistischen Dieberräuber, die „niemals lügen“, sondern die „Lüge nur als Kampfmittel“ benützen, die rücksichtslos ihre auf den vollständigen Zusammenbruch Deutschlands gerichteten Ziele verfolgen und sich bei jedweder Abwehr ihres Treibens als verfolgte Unschuldslämmer aufspielen, suchen sich jetzt überall und bei jedem als Wunderdoktoren einzuschmuggeln. „Helfe, was helfen mag, wenn es nur unsere Zwecke fördert“, ist ihre neueste Parole. Sie haben nicht nur versucht, sich bei der Arbeiterschaft anzubiedern, sie sind bereits bei den bürgerlichen Angekommenen und gehen jetzt gleichzeitig den Bauern und den Beamten um den Bart. Sie versprechen allen Hilfe, wenn erst „die Arbeiter- und Bauernregierung, die Diktatur des „Proletariats“ oder die „Regierung des Volkes“ erreicht ist. Die Beamten freilich sehen — von gewissen höheren Gruppen abgesehen — in ihrer Mehrheit selber ein, daß eine diereligiöse Vorauszahlung ihrer Gehälter nicht mehr durchführbar ist; schon rein rednerisch nicht, weil kein Mensch im voraus wissen kann, wieviel etwa am 1. Oktober zu zahlen wäre, um die Reusjahr davon zu leben. Aber auch finanziell nicht, weil einmal die Mittel dazu nicht mehr aufzubringen sind oder nur durch eine unmögliche Zurückziehung aller übrigen Arbeitnehmer. Die Kommunisten suchen jedoch auch diese Gelegenheit für ihre Zwecke auszunutzen, machen die „Rote Fahne“ zum berufenen Organ „gegen die Beamtenhege“, die die ganze Presse und vor allem der „Vorwärts“ treibt.

Es ist wirklich ein Schauspiel für Götter, die Kommunisten als Wortführer der Beamtenrechte zu sehen. Schon wenn sie sich als Vertreter der bürgerlichen Interessen aufspielen, ist das heiter. Aber wer ihren Dauerkampf gegen die „Bureaucratie“, gegen das Beamtenum als Ganzes kennt, wer da weiß, daß die Beamten von ihnen nicht anders als die „Schergen“ der Ebert-Republik beschimpft zu werden pflegen, der kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn er sieht, wenn die Revolutionäre vom Gepräge Ruth Fischers jetzt plötzlich Beamtenpartei spielen möchten. So was von „Opportunismus“, wie ihn diese „Revolutionäre“ treiben, ist allerdings noch nicht tagelänglich.

Es ist noch nicht lange her, da glaubten die Kommunisten der Welt begreiflich machen zu können, die Sozialdemokratie sei aus einer Arbeiter- zur Beamtenpartei geworden. Und sie mußte des Hohns kein Ende. Jetzt möchte sie gern selbst die Beamten einfangen, damit sie mit den Bauern zusammen eine Sowjet bilden. Sie werden sich indessen wieder einmal täuschen, wie schon so oft.

Rafowski anerkannt? Wie die Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ aus autoritativer Quelle erfährt, hat die englische Regierung beschlossen, Rafowski als Sowjetdelegierten in London anzuerkennen.

Reichsbank gegen Großmann.

Vor der 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts III nahm heute vormittag die Verhandlung in der Feststellungsklage des Reichsbankdirektoriums gegen den entlassenen Betriebsratsvorsitzenden Großmann ihren Fortgang, und zwar wurde heute in die Beweisaufnahme über die Vorgänge an dem fraglichen Tage eingetreten. Als Zeugen wurden Reichsbankdirektor Kunz, Reichsbankrat Stiering sowie Mitglieder des Betriebsrates und Angestellte der Reichsbank geladen.

Reichsbankdirektor Kunz schilderte den Empfang des Betriebsratsvorsitzenden Großmann, der zusammen mit einem anderen Betriebsratsmitglied erschienen war, durch das Reichsbankdirektorium am 13. August. Großmann habe zum Präsidenten Havenstein erklärt, er sei sich wohl bewußt, daß er in einer gewissen Ueberschreitung seiner Befugnisse komme, aber er habe in den letzten Tagen eine große Anzahl von Deputationen empfangen, die übereinstimmend über die mangelhafte Versorgung der Berliner Industrie mit Zahlungsmitteln geklagt und die Schuld daran dem Reichsbankdirektorium beigemessen hätten. Außerdem habe er von den Gewerkschaften einen Auftrag erhalten, den er hiermit ausführe: Er ersuche den Präsidenten, sein Amt sofort niederzulegen. Havenstein habe darauf erklärt: „Das geht Sie gar nichts an. Das ist eine unerhörte Ueberschreitung Ihrer Befugnisse; verlassen Sie sofort das Zimmer.“ Wie der Zeuge weiter erklärte, hat er nichts davon bemerkt, daß Großmann diese Erklärung von einem Konzept abgelesen habe. Auf wiederholten Vorhalt des Anwalts Großmanns, Rechtsanwalt Schwandt, bleibt der Zeuge bei dieser Darstellung und erklärt weiter, daß er bei der Verhandlung im Reichsarbeitsministerium auf die Frage eines Angestelltenvertreters erklärt habe, er hätte nicht den Eindruck gehabt, daß Großmann im Auftrage der Gewerkschaften gesprochen habe.

Der nächste Zeuge ist das Betriebsratsmitglied Senf der Reichsbank, der zunächst bekundet, daß er ebenso wie Großmann zahlreiche Deputationen aus den Betrieben und zwar u. a. Betriebsräte der Siemens-Schubert-Werke, der städtischen Betriebe, der Firma Wig und Genest und auch einen Gewerkschaftsführer, den Vertreter des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten empfangen habe, die dem Betriebsrat Vorstellungen und ihn mitverantwortlich für die Zustände bei der Reichsbank gemacht hätten. Von den Vertretern der städtischen Werke sei dann unerbittlich gesagt worden: „Geht raus und laßt Havenstein, daß er zurücktreten soll.“ Ähnlich hätte sich auch ein großer Teil der übrigen Deputationen geäußert, wobei sie auf die Erregung in der Arbeiterschaft hinwiesen und betonten, daß sie für nichts garantieren könnten, wenn sie mit leeren Händen, also ohne die Zusicherung der ausreichenden Bereithaltung von Zahlungsmitteln wieder in die Betriebe zurückkehrten. Bei dieser Darstellung bleibt der Zeuge auch trotz der verschiedenen Vorhänge, die ihm von dem Vertreter des Reichsbankdirektoriums, Justizrat Böllow, in der Frage gemacht wurden, ob sich tatsächlich auch Gewerkschaftsführer an diesen Vorstellungen beteiligt hätten.

Die Durchführungsbefimmungen zur Devisenverordnung sind letzten vom Reichsfinanzminister in Gemeinschaft mit dem Reichswirtschaftsminister herausgegeben. Sie umfassen 37 Paragraphen.

Rücktritt des spanischen Kabinetts. Nach einer Blättermeldung aus Madrid hat das spanische Kabinet auf Grund von Meinungsverschiedenheiten wegen der Vorgänge in Marokko beschlossen, dem König keine Demission zu unterbreiten.

Die irischen Wahlen. Man meldet aus Dublin, daß die letzten Wahlergebnisse folgendes Gesamtbild ergeben: Regierungspartei 38, Republikaner 22, Unabhängige 13, Arbeiterpartei 9, Bauernpartei 7. Alle irischen Minister sind wiedergewählt.

Der Kronprinz will nach Deutschland zurück. In den Gerüchten, daß Reichskabinetts beabsichtigt sich kurzzeitig mit einem Antrage des ehemaligen Kronprinzen auf Genehmigung seiner Rückkehr nach Deutschland, wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß die Regierung wohl darüber orientiert sei, daß der Kronprinz eine derartige Absicht haben soll. Ein Antrag ist aber an die Regierung noch nicht gelangt.

Zeitung und Kaffeegrund.

Eine wahre Geschichte von Erna Büsing.

Seine Vorfahren waren schon gedrückte Leute gewesen, und vom Kampfwillen der Menschheit ist ihm nicht viel vererbt worden. Klaus ist still, er arbeitet und arbeitet, und sein Leben verfließt immer im gleichen Trott. Jetzt in seinem Alter ist er als Hausdiener in einer Bar tätig. Er gehört zum lebenden Inventar. In übereifriger Gewissenhaftigkeit erfüllt er alle Wünsche. Er wird sogar damit betraut, Porzellan für die geschäftstüchtige Barbare Fräulein Nimi einzukaufen. Er weiß, für die Strafe gebraucht sie Flieder (der duftet auffällig), für die Bar Koffee (der riecht nach Natur), und für ihre Wäsche weiße Kose (die wirkt betäubend). Man kann Klaus jeden Auftrag anvertrauen, er führt ihn aus. Klaus spricht wenig, von ihm weiß kaum jemand etwas, und doch beschäftigt er selbst sich eingehend mit den Dingen und mit den Menschen. Und vor allem ist er ein feiner Beobachter seiner Zeit. Durch die Zeitung. Die liest er über alles, und wenn er sie liest, bildet er sich ein, den Dingen und Ereignissen selber nahe zu sein. Trotz seines verschlossenen Wesens hat er das regste Interesse an allem Geschehen.

Die Zeit wurde wild, grundstürzend, ein Ereignis jagte das andere. Begieriger als je war Klaus auf die Zeitung. Die Not lächelt durch das Land, doch der enge Raum der Bar konnte Abend für Abend die Gäste kaum fassen. Aber das Publikum der Bar wurde ein anderes und — das war das Schmerzlichste für Klaus — eine Zeitung nach der anderen wurde abbestellt. Die Ausländer konnten meistens die deutschen Blätter nicht lesen, für die Neureichen war das Lesen an und für sich zu anstrengend, und den Herren, die in Betrunktheit den heidnischen Geist pflegten, konnte es überhaupt keine Zeitung recht machen. Man hielt nur ein Blättchen, das Kurse und Rennberichte brachte.

Klaus aber war der Geiße geblieben, er hatte keinen andern Charakter angenommen, wie er selbst sagte. Ohne Zeitung war er unbefriedigt, war die Farbe aus seinem Leben gelöscht. Er ging zu seinem guten Bekannten, dem Zeitungshändler. Der hatte es jetzt auch schlecht genug! Seine altersschwache Frau mußte mit auf den Brotwerb gehen und verdiente sich ein paar tausend Mark, indem sie für „Herrschöffen“ nach Milch oder Fett anstand.

Viel Geld hatte Klaus nicht in Händen, er war bestimmt nicht kaufkräftig. Wirtschaftlich schwache Existenzen sind gefügig, das mußte sein Brotherr sehr wohl. Klaus bekam doch gutes Essen, jeden Tag wurde ihm das erzählt, und er selbst mußte es auch zu schmecken.

Um aber zu seiner Zeitung zu kommen, ist Klaus jetzt auf eine Bewertungsmöglichkeit geflohen, die keinen schädigt, ihm jedoch ein wenig Weltgeltchen übermitteln. Den Kaffeegrund, der, wenn er sich seiner nicht annimmt, in der Küche fortgegossen wird, trägt

er dem Zeitungshändler hin, der ihm dafür teilweise eine Zeitung zur lesen gibt. Und Tag für Tag tauschen die beiden Alten: für Kaffeegrund gibt's 20 Minuten tägliche Weltgeschichte.

Zeitung und Kaffeegrund, ein paar Kulturwerte für Abfälle aus der Küche der Schlemmer, ein nebensächliches Zeitbild, — und doch sollte es zu denken geben.

Ausstellung von Kindertum. Die Kunstszene, welche in Stuttgart, die im letzten Augenblick verschoben werden mußte, sollte eine Ausstellung für die Kunst des Kindes zeigen. Diese ist nun als einziger Bestandteil der Veranstaltung im Stuttgarter staatlichen Ausstellungsgelände eröffnet worden. Sie gibt sich als eine Art Fortsetzung der Ausstellung „Die Bildsprache des Kindes“, die im Anfang dieses Jahres stattfand. Ihr Schöpfer ist Prof. Pfeleiderer, einer unserer besten Kenner der Kindertum. Sie gliedert sich in drei Abteilungen, die Werke der Unberührten, der Angeregten und der Beeinflussten. Mit dem Namen der Unberührten will man diejenigen kindlichen Arbeiten fassen, die keinerlei Sondereinflüsse von Erwachsenen zeigen, Ausprägungen kindlicher Ergebnisse in unbeeinträchtigtster, ursprünglicher Form. Ihre Fortentwicklung, der Instinkt für Richtigkeit auch in der Raumgestaltung, der Blick für das Bekannte sind auf dieser kindlichen Stufe besonders stark. Die Gruppe der Angeregten enthält Zeichnungen mit Anregungen verschiedener Art von Seiten der Erwachsenen, die aber dem Kinde die Ursprünglichkeit des geläuternden Empfindens und Gestaltens nicht nehmen. Die dritte Gruppe bringt Arbeiten mit bewußtem Anschluß der Kinder an ihre Lehrer. Aus allen Schulformen sind Werke praxiniert. Überall zeigt sich das Interesse der Lehrerschaft an der Werbung der schöpferischen Kräfte des Kindes.

Der Kampf mit dem Durst im offenen Boot. Ein dramatisches Zeugnis von Seemannsgelahr und Seemannsausdauer ist der Bericht des Kapitäns Cecil Foster vom Dampfer „Trevelina“, der am 4. Juni 2000 Kilometer von der westaustralischen Küste unterging. Die beiden Rettungsboote waren 23 Tage auf dem offenen Meer und erreichten schließlich die Rodriguez-Insel nach einer Fahrt durch den Indischen Ozean im offenen Boot. Anknäulich schildert der Bericht, wie heldenmütig die Mannschaft mit dem Durst kämpfte. Erst am 3. Tage der abenteuerlichen Fahrt gab der Kapitän die erste Ration Wasser aus, und zwar jedem ein Drittel einer halben Zigarettenpackung voll. „Der Grund dafür“, schreibt er, „war der, daß die Leute rasches Wasser noch nicht so sehr ersehnten, solange sie frisch waren und das Wetter läßt.“ Am 4. Tage gab er der Mannschaft einige Anweisungen, um den Durst zu bekämpfen: „Ich zeigte meinen Leuten, wie man Seewasser in Handtücher schöpft, das Wasser durch die Nase einzieht und dann wieder ausläßt, es aber unter keinen Umständen in den Mund gelangen läßt. Das verfuhrten alle mit gutem Erfolg. Auch Abreibungen mit kaltem Seewasser ließ ich sie vornehmen.“ Der 6. Tag brachte den Durstenden Grolladung vom Himmel, nämlich einen kalten Regen am frühen Morgen. „Jeder sammelt nach Kräften Regen; die meisten waren in ständiger ihren Durst zu stillen.“ An diesem Tage beschloß man auch, daß die beiden Boote sich

trennen und jedes für sich den Weg nach Mauritius suchen sollte. Am 8. Tage wurde der Durst fürchtbar. „Ich nahm 2 Bäder im Meer und die anderen folgten mir. Alle fühlten sich danach erfrischt, und besonders wohl tat es, wenn wir uns auf Kopf und Nacken kalte Lächer legten. Wir alle nahmen kleine Stücke Kohle und Äpfel in den Mund und saugten daran. Das hilft ein wenig, um den Mund sauber zu machen. Seit einigen Tagen fühlten wir alle ein furchtbares Brennen und einen scheußlichen Geschmack im Munde. Mund und Zunge waren dick mit weißem Schleim belegt. Einige versuchten, den Mund mit Seewasser auszuwaschen, aber ich verbot es ihnen.“ Trotdem war die Stimmung unter der Mannschaft gut. Am 10. Tage wollten die meisten Schiffsbrüder die tägliche Zwiebackration nicht mehr nehmen; am 11. waren alle schon ziemlich schwach. Dabei zwang sie ein starker Sturm, die Segel aufzugeben und die Ruder zu ergreifen, um von der Brandung nicht fortgerissen zu werden. Der Regen aber brachte ihnen Erfrisung; sie zogen ihre Jacken aus und sammelten das Wasser darin, so daß sie ihren Durst etwas stillen konnten. Am 13. Tage schreibt der Kapitän: „Mein Mund war so trocken, daß ich ihn kaum noch verziehen konnte. Ich lächelte aber trotzdem.“ Die letzten 10 Tage der Fahrt werden in einem späteren Bericht geschildert werden.

Ein tschechisches Nationalmuseum. Der tschechoslowakische Staat, der in der kurzen Zeit seines Bestehens sich kräftig entwickelt hat, ist heute bereits soweit, daß er die stattliche Summe von 11 Millionen Kronen für einen nationalen Bau zur Erinnerung an die Befreiung von 1918 auswerfen kann. Nach mehr als zweijährigen Erörterungen hat man nun beschlossen, ein großes Nationalmuseum auf dem Witow-Hügel, der Prag überragt, zu erbauen, und zwar soll das Gebäude zu gleicher Zeit ein Museum, ein Archiv und ein Mausoleum umfassen. In dem Museum werden die zahlreichen Gegenstände Unterfundt finden, die sich auf den Krieg und die Ummwälzung beziehen, so Fahnen, Uniformen, Gemälde tschechischer Soldaten, die während des Krieges in allen Teilen der Welt waren usw. Das Archiv wird außer einer großen Masse von Dokumenten, die sich auf die tschechische Geschichte beziehen, 35 000 Fuß Filme umfassen, die vor und nach der Ummwälzung aufgenommen wurden. Eine besondere Abteilung ist für die Gräber der tschechischen Soldaten und die Erhaltung tschechischer Erinnerungsorte geschaffen. Das Gebäude, das etwa 200 Meter lang und 50 Meter breit sein wird, soll im Frühjahr 1925 errichtet werden. Die Pläne für den Bau werden durch ein Preiswettbewerb gewonnen.

Witma Vorlagas, die einst vielernannte und vielbeschäftigte Porträtmalerin, ist nach langer Krankheit in Rem-Port gestorben. Sie hat eine Zeit lang auch in Berlin gelebt und war mit einem starken Woff verheiratet.

Das Schauspieltheater spielt im kommenden Winter im ehemaligen Friedrich-Wilhelm-Opernhaus.

Ein großer Kunstausstellungsfundus liegt jetzt von Paris seine Kreise bis nach America. Es handelt sich um Werke der Kunst, eine Folge von Kunstwerken im Louvre und eine französische Maria mit dem Kinde im Rem-Porter Metropolitan Museum, die als Bildnisse bezeichnet werden. Große Untersuchungen von juristischer und wissenschaftlicher Seite sind im Gange.

Ungarische Innenpolitik.

Unser Budapest Korrespondent schreibt uns: Die Debatte über die Indemnität, d. h. die nachträgliche Bewilligung der Regierungsausgaben, ist nach zwei Notizen endlich abgeschlossen. Wer mit den ungarischen Verhältnissen nicht vertraut ist, wird diesen parlamentarischen Vorgang unverständlich finden. Aber es ist zu bedenken, daß sich hier die einzige Gelegenheit bot, all die Verfehlungen, die sich Regierungen und Behörden haben zukommen lassen, anzuprangern. Gerade die Sozialdemokratische Partei kann mit ihrer Kritik nirgends sonst so Worte kommen, als im Parlament; denn

das Verarmungsrecht wird noch immer mit Füßen getreten. Das Ergebnis der langen Debatte, in der unsere Fraktion nicht weniger als 20 Redner stellte, ist äußerst dürftig. Die Regierung wehrt sich krampfhaft an die Macht und glaubt, sie am besten dadurch sichern zu können, daß sie jede demokratische Forderung niederdrückt. Der Minister des Innern, Rakovsky, denkt immer noch nicht daran, das Internierungslager für politische Gefangene, diese ewige Schmach für Ungarn, aufzuheben. Das Versammlungs- und Vereinsrecht ist noch immer der Willkür und Laune der Komitatsherren, der Bizegeleone, Stuhlrichter usw. preisgegeben. Von der Einführung eines Indez und der Festsetzung eines Existenzminimums will die Regierung nichts wissen, obwohl die Teuerung infolge der Entwertung der Krone stets wächst. Den einzigen Erfolg ihrer wuchtigen Anklage steht die sozialdemokratische Fraktion in der Errichtung von paritätischen Lohnvereinigungsämtern durch den Handelsminister.

Ehe die Nationalversammlung in Sommerferien geht, will die Regierung noch die Verbeständigkeit der Steuern durchsetzen und die Ermächtigung zum Abbau des Beamtenentums erhalten. Inzwischen jagt ein politischer Zwischenfall den anderen. Auf den durch das Verbot der sozialistischen „Rozpazda“ heraufbeschworenen Streit der Zeitungsarbeiter folgte eine 48stündige Arbeitseinstellung der Lokomotivführer und Heizer. Gegen diese „Aufwiegler“, darunter den Abgeordneten der „Erwachenden“, Relajdor Kis, brütet die Regierung Rache. Wie sehr Staub hat jedoch eine unklare Geschichte aufgewirbelt, die allerdings noch nicht ganz geklärt ist. In einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung hat der Abg. Stefan Friedrich, der das erste Kabinett nach dem kommunistischen Zusammenbruch gebildet hatte, mehrere hohe Beamte, darunter den Minister des Innern und den Oberstadthauptmannstellerschreiber, mit Namen genannt, die neben anderen führenden Politikern sich mit Gratifikationen beschenken ließen. Darob natürlich große Entrüstung auf den Banken der Opposition und weinliche Befürchtung im Regierungslager. Der Justizminister führte persönlich eine Untersuchung, mit dem Ergebnis, daß Anlaß zu einer Anklage nicht gegeben sei; es liege keine strafbare Handlung vor, „nur eine gesellschaftliche Krankheit“.

Die innenpolitische Lage ist zurzeit äußerst vermurrt. Der äußerste Flügel der Regierungspartei, die extrem-antifaschistische Gömbös-Gruppe, ist zur christlich-nationalen Opposition übergegangen, wobei diesen völkischen Separatisten der Attentatseifer sehr gelegen kam. Ob damit ein innerparteilicher Klärungsprozeß begonnen hat, bleibt abzuwarten.

Wirtschaft

Luxusproduktion und Lebensbedarf.

Die Lebenshaltung eines Volkes muß sinken, wenn ganze Industriezweige entbehrliche Luxusartikel oder gar Kultur und Volkskraft schädigende Arbeit verrichten. Diese Verlebensarbeiten gehen der lebenswichtigen Produktion verloren. Solange ein Volk nicht zu leben hat, kann es sich den Luxus, für den Luxus zu arbeiten, nicht leisten. (Ausgenommen ist hier natürlich die Luxusproduktion für den Export. Red.)

Der Arbeitsertrag des Volkes ließe sich auch beträchtlich erhöhen, wenn die 50 000 Sorten einer Ware auf 500 Sorten vermindert werden. Die Verbilligung der Produktion durch die Typisierung und Normalisierung steht heute noch in den Kinderschuhen. Die Industrie weigert sich, die Typisierung durchzuführen, weil typisierte Waren bei freier Konkurrenz mit der stärksten Preiskontrolle auf dem Warenmarkt ausüben können. Das egoistische und rein privatkapitalistische Interesse steht der Vereinheitlichung der Produktion und der Beseitigung des „Bielerlei“-Produzierens außerordentlich hemmend entgegen. Für den Standardkonsum (Kleidung, Bedarfsartikel, Behausung usw.) wird ein Eingriff des Staates, der das Was der Produktion regelt und die Normalisierung und Typisierung fördert, nicht entbehrt werden können.

Die Monopolgebilde der Wirtschaft (Trusts, Syndikate, Kartelle usw.) sind heute nachgerade zu einer Gefahr für die Sicherung des Arbeitsertrages des deutschen Volkes geworden. Ganz abgesehen davon, daß diese Königreiche in der Wirtschaft vielfach produktionshemmend wirken, und in einer Zeit, in der das Angebot von Waren geringer ist als die Nachfrage, den technischen Fortschritt verhindern, rauben sie den Konsumenten und Lohn- und Gehaltsempfängern einen wesentlichen Teil ihrer Arbeitserträge. Diese Königreiche haben sich ohne gegenseitige Sanction zu Steuerhebern gemacht, die den rechtmäßigen Steuerfiskus vor ein ausgedehntes Steuerfeld stellen. Mit der Macht dieser Königreiche muß darum gebrochen werden. Die Trusts, Kartelle und Syndikate müssen zu gemeinsamen wirtschaftlichen Wirtschaftsorganen umgeformt und unter Staatsaufsicht gestellt werden. Mehr noch: innerhalb dieser Syndikate und Kartelle, deren ökonomische Bedeutung unter gewissen Umständen nicht geleugnet werden kann, muß eine freie, wenn auch veredelte Konkurrenz wiederhergestellt werden, wenn die Produktion auf das Höchstmögliche der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gebracht werden soll.

Der Hebelpunkt für die Steigerung des Arbeitsertrages und der Lebenshaltung des Volkes liegt aber bei der produktiven Verwendung des Kapitals, das mit seiner Allmacht die produktionshemmenden Elemente der Wirtschaft zu unterdrücken und die produktionsfördernden Elemente zu unterstützen hat. Heute frisst das Kapital nicht danach, was produziert wird und wie produziert wird, sondern nur danach, wie das Kapital selbst zu dem höchsten Zinssfuß gelangt. Verdient das Kapital mehr, wenn die Produktion eingeschränkt wird, dann wird die Produktion eben abgedrückt; verdient das Kapital mehr, wenn die Produktion über den Bedarf hinaus gesteigert wird, dann wird eben überproduziert. Das Was und das Wie der Produktion ist heute zu einer völlig nebensächlichen Frage geworden. Parfum, Seife und Pulver, Seidenstoffe, Films und Karosserien saugen das Produktionskapital an sich und lassen die lebenswichtige Produktion an Kapitalhunger sterben. Ob die Wohnungslosen Wohnungen, ob die Hungernden Nahrungsmittel erhalten, das ist dem Kapital gleichgültig, wenn es bei der Finanzierung neuer Luxusindustrien, bei der Börsenspekulation oder bei der Verjüngung von Aktien höhere Gewinnquoten findet.

Die oben knapp skizzierten Hinweise auf eine Steigerung der Arbeitserträge werden dem kundigen Leser keine Neuheiten bieten. Aber sollte es nicht an der Zeit sein, diese alten Wahrheiten mit etwas mehr Lautkraft durchzusetzen. Das deutsche Volk steht in allen Gauen Stoßtrupps zur Vernichtung von Mensch und Vieh und von Produktion entgegen. Wäre es nicht heroischer, Stoßtrupps zur Steigerung der Produktion zu bilden? Sollte es für das arbeitende Volk nicht zweckmäßiger sein, wenn die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften schleunigst einen wirtschaftlichen Generalstab bilden, unter dem gemeinwirtschaftlich denkende Pioniere der Wirtschaft die Produktionsprobleme für politische und gesellschaftliche Aktionen reif machen? In der Politik hat die Mehrheit des Volkes lächerliche Käpfe. Das Wirtschaften hat aber eine kleine kapitalistische Minderheit an sich gerissen. Die Größe der Stimmen und Klängen beruht im Grunde nur darauf, daß man sie zu wenig in ihren Geschäften hörte. Mehr Gleichgewicht zwischen Politik und Wirtschaft! Drehen wir das Steuer mehr herum auf Wirtschaft und Produktion, und unsere Lebenshaltung wird steigen. — Dr. Ing. Martin Wagner.

Politisches Rowdium.

Wer die kommunistische Propaganda in Werkstatt, Versammlungen und Presse verfolgt, wird finden, daß sie sich ausschließlich auf das Heute und Morgen richtet. Das konnte man gelegentlich des Generalstreiks besonders beobachten. Jeder große Gesichtspunkt fehlte. Nur an die niedrigen Instanzen wurde appelliert, die Gewalt verheißt. Diese Agitationsmethode mag geeignet sein, kurzzeit weitere Kreise an sich heranzuziehen, weil sie glauben, Hilfe zu erhalten, aber sozialistisch ist das nicht; im Gegenteil direkt antisozialistisch. Wer so Massen erzieht, der darf sich nicht wundern, wenn diese Massen sofort verjagen, wenn es um große Dinge geht. Die Opfer und Idealismus erfordern. Die Erziehung zum politischen Rowdium, der Kampf gegen die Klassengegenossen ist die Parole der Kommunisten geworden. Die Wirkung dieser antisozialistischen Erziehung ist gelegentlich unserer letzten Versammlungen wieder einmal in augenfälliger Erscheinung getreten. Zu welchem Zweck sind die kommunistischen Stoßtrupps in unseren Versammlungen erschienen? Doch nicht, um im geistigen Kampf sich mit uns auseinanderzusetzen. Denn ihr Kampf beschränkte sich auf Schimpfstanreden gegen unsere Partei, und zwar ausschließlich nur auf Krakeelerei.

In verschiedenen Versammlungen standolieren die „Einheitsfrontler“, daß es nur so eine Art hätte. So wird uns nach aus Köpenick mitgeteilt, daß dort unser Genosse Karl Leid unter großer Aufmerksamkeit ein wirkungsvolles Referat gehalten habe, das unseren Genossen starkes Selbstvertrauen wiedergab. Nachdem mehrere Redner in der Diskussion gesprochen hatten, wurde Schluß der Debatte gemacht. Das paßte den, von überall zusammengehaltenen Stoßtrupps nicht; sie tratschten und als unser Referent das Schlusswort bekommen sollte, stimmten diese Sorte „Klassenkämpfer“ die Internationale an, worauf der Vorsitzende mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf unsere Partei die gutbesuchte Versammlung schloß. Die Kommunisten hatten das Kampflied der Internationale herabgewürdigt zum Standbalmachen gegen Klassengegenossen. Erreicht haben sie nur eins, daß unsere Genossen erst recht angeekelt von solchem Treiben zu unserer Partei stehen trocknen und trogollidem.

Ein schlecht rechnender Geschäftsmann.

Fabrikanten und Großhändler berechnen schon seit längerer Zeit den eintausenden Kleinhändlern die Warenpreise in Goldmark. Mehr und mehr geht auch der Kleinhandel dazu über, in den Ladengeschäften beim Verkauf an die Kundschaft diese Art der Berechnung anzuwenden. Ueberraschung erlebte dabei ein Ehepaar, das in Berlin-Mitte in einem Ledervarenengeschäft ein paar Handtaschen kaufen wollte. Auf die Frage nach dem Preis von zwei ausgewählten Taschen zog die Verkäuferin eine Indexkarte zu Rate, und sie rechnete dann in Papiermark um. Als Ergebnis verkündete sie: 7,8 Millionen für die schwarze Tasche, 13,5 Millionen für die braune Tasche. Das Ehepaar hatte nicht viel Geld bei sich und ging schnell nach Hause, um sich ausreichend mit Geld zu versorgen. Nach der Rückkehr wurde von einer anderen Verkäuferin die jetzt die Abfertigung übernahm, eine neue Berechnung ausgeführt, und nun ergab sich: 13,5 Millionen für die schwarze Tasche, 14,5 Millionen für die braune Tasche. Erklärte wurde die Abweichung daraus, daß jene andere Verkäuferin sich getriert haben müsse. Auch der herbeigerufene Geschäftsführer konnte nach genaum Nachrechnen unter aufständigem Bedauern nur bestätigen, daß 13,5 Millionen und 14,5 Millionen die richtigen Preise seien. Das Ehepaar entschloß sich, jetzt nur die Tasche für 14,5 Millionen zu kaufen. Da nahm der Geschäftsführer den Kleinfiskal, rechnete nochmals nach und gestand, selber habe auch er sich noch getriert, diese Tasche solle — 19,5 Millionen. Daraufhin verließ das Ehepaar fluchtartig den Laden.

Der gefährliche Knollenblätterpilz.

Ob das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin in diesem Jahre wieder eine Pilzausstellung veranstaltet, steht noch nicht fest. Die Witterung ist zurzeit dem Wachstum der Pilze nicht günstig; auch wird die Beschaffung der auszufestenden Pilze dadurch erschwert, daß die Fährkosten für die auf die Suche zu ziehenden Personen beträchtlich sind. Einsteilen nimmt aber das Hauptgesundheitsamt die Häufung der Pilzgerastungen zum Anlaß, wenigstens den gefährlichen Knollenblätterpilz auszuschalten, der dabei eine Rolle gespielt hat. Er kann jetzt in der Vorhalle des Dienstgebäudes des Hauptgesundheitsamts (Berlin C., Fischerstr. 39—43, gegenüber dem Sportplatzgebäude am Röhlsendamm) täglich in der Zeit von 8 Uhr morgens bis zum Eintritt der Dunkelheit von jedermann kostenlos besichtigt werden, auch Sonntags.

Der Pilz. Die Tochter der Frau Eisner, Dörlcher Straße 37, ist am Donnerstagnachmittag im Krankenhaus gestorben. Die alte Frau liegt noch schwer krank danieder.

Die neuen Stadt-, Ring- und Vorortfahrpreise.

Auch im Berliner und Hamburger Stadring und Vorortverkehr werden am 1. September die Eisenbahnfahrpreise im allgemeinen auf das Vierfache der seither gültigen Sätze erhöht. Der Fahrpreis im Stadt- und Ringbahnverkehr und in der ersten Zone des Vorortverkehrs beträgt in der dritten Klasse 150 000 M. und in der zweiten Klasse 225 000 M. Der Zonenabstand beträgt in der dritten und zweiten Klasse 50 000 und 90 000 M. Die Monatskarten werden nach 30 Einzeltarifen berechnet. Die Preisbildung der Schülermonatskarten, der Wochenkarten und der Kurzarbeitermonatskarten erfolgt wie bisher.

Noch einmal die Septembermieten.

Das städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt uns mit: Die gestrige Notiz über die Höhe der endgültigen Septembermieten ist, um alle Zweifelsfragen auszuschließen, dahin zu ergänzen, daß am 1. September neben der Grundmiete und den festen Zuschlägen die 5 000fache Grundmiete als Vorkauf auf die Betriebskosten zu zahlen ist. Die Mieter in einfachen Häusern haben daher am 1. September außer der Grundmiete selbst für die festen Zuschläge und den Vorkauf für den Monat September die rund 33 000fache Grundmiete zu entrichten.

Die Auflösung der Brotkommissionen.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Berliner Brotkommissionen stellen mit Sonnabend, den 1. September, um 11 Uhr ihre Tätigkeit ein. Die bis zum 15. Oktober noch erforderlichen Uebergangsarbeiten werden in den sechs Bezirksämtern erledigt, und zwar befinden sich die zuständigen Stellen der sechs Bezirksämter in folgenden Räumen: Bezirksamt Mitte: Stadtbezirke 1—30, 23, 24, 129—148, 152, 162, 195—198, 200 bis 217, 223—224, 226—236, 235—258, 267—275, 279—282 Alexanderstraße 24, 1. Treppe. Bezirksamt Kreuzberg: Stadtbezirke 21, 22, 25—30, 50—125 Tempelhofer Ufer 1a. Bezirksamt Friedrichshagen: Stadtbezirke 149—151, 163—181 K., 183—189 C., 195 E., 190 B und C, 190 E und F, 195 Köpenickerstr. 72 1. Treppe. Bezirksamt Prenzlauer Berg: Stadtbezirke 189 D, 189 F, 190 A, 190 D, 190 G, 191—194 C, 199, 218—222, 225, 237—250 E Dangler Str. 64, Seidenfädel 3a Treppen. Bezirksamt Wedding: Stadtbezirke 251 bis 254 E, 259—266, 276—278, 292 D, 305—326 D Badstraße 36. Bezirksamt Tiergarten: Stadtbezirke 31—49 Derflingerstr. 18c parterre; Stadtbezirke 283—292 C, 293 A—304 Turmstr. 86 par-

terre. Am Montag, den 3. September, sind der Aushängung des Kartenmaterials an die Bezirksämter halber die Bezirksdienststellen geschlossen. Ihre Eröffnung erfolgt am Dienstag, den 4. September.

Ein Bettler als Kapitalist.

Auf den Spuren eines Mörders.

Er mordet und beraubt aufgefunden wurde, wie wir mitteilen, in Jchorst bei Hannover ein Mann, in dessen Mordverbrechen man einen Jodel mit der Aufschrift Paul Bettner, Berlin, Auguststraße 80, bei Meyer, fand. Der Erkennungsdienst der hiesigen Kriminalpolizei hat jetzt festgestellt, daß der Ermordete in der Tat ein 40 Jahre alter Schmied Paul Bettner ist, der seit Jahren in Berlin als „Bettler“ lebte und Stammgast und Bewohner der Herberge Auguststraße 80 war.

Bettner war seit dem 20. d. M. verschwunden. Der Verdacht fiel auf Männer, die ebenfalls in der Herberge verkehrten und seit dem 20. August nicht mehr gesehen, aber jetzt ermittelt worden waren. Sie wiesen nach, daß sie ohne Bettner abgefahren und in der Tschelchomskoi gewesen sind. Die hiesige Kriminalpolizei stellte unterdessen fest, daß Bettner nicht ein gewöhnlicher Bettler, sondern ein gewerbsmäßiger Hehler war, der früh morgens ständig mit Einbrechern und Dieben in Verbindung trat und mit gefohlenen Gut glänzende Geschäfte machte. Er verfügte stets über mehrere 100 Millionen, die er immer bei sich trug. Die Kriminalpolizei in Hannover ermittelte, daß Bettner am 22. d. M. in Begleitung eines Mannes auf der Chaussee von Hannover nach Jchorst gesehen worden ist. Der Begleiter Bettners auf der Chaussee ist jetzt festgesetzt als ein 31 Jahre alter, aus Linde bei Hannover gebürtiger Kesselschmied Friedrich Thiede, ein Baueranfänger, der sich schon länger in Berlin aufhielt und in der Herberge ebenfalls mit Bettner bekanntgeworden war. Dieser Thiede ist jetzt verschwunden und wird gesucht. Mitteilungen zur Aufklärung des Verbrechens nehmen Kriminalkommissar Pöh in Hannover und Hermann in Berlin entgegen.

Proteste der Feuerbestattungsvereine.

Wie von uns bereits erwähnt, hatten die beiden großen Feuerbestattungsvereine, der Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. B. und der Volks-Feuerbestattungsverein e. B. Groß-Berlin Protestversammlungen zu einer gemeinsamen Kundgebung einberufen, die im großen Saal der Reuen Welt wie auch in den Germania-Sälen stattfanden. Beide Versammlungen waren stark besucht und nahmen einen würdigen Verlauf. Die Ausführungen der Referenten übten scharfe Kritik an der Haltung des Groß-Berliner Magistrats. Zur Annahme gelangte eine Resolution, in der u. a. folgende Forderungen aufgestellt wurden: 1. Beschaffung von Holz aus den staatlichen und kommunalen Forsten, sowie auch anderes Material zu den Bestattungsorten. 2. Bereitstellung staatlicher Mittel zur Beschaffung von Kohlen für die Krematorien. 3. Herabgabe staatlicher Mittel zur Beschaffung der Beiträge für bedürftige Mitglieder. 4. Freistellung staatlicher Mittel zum Bau von Krematorien. 5. Befreiung von Automobiltsteuern und der Zahlung des Goldzollens für Benzin. 6. Uebnahme der Kosten für die gerichtsarztliche Autopsie durch die Staatskasse. 7. Stellungnahme der Regierung zum Rückbestimmungsrecht der Vereine in bezug auf die Krematoriumsbestattung. 8. Beschleunigte Beseitigung der schifanösen Bestimmungen des Feuerbestattungsgeleges.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenzeitung, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Aus der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Genosse Regge-Neußlin hat sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt. Für ihn tritt Genosse Arthur Bornmann-Neußlin in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Ein größerer Fabrikbrand beschäftigte gestern abend die Feuerwehren von Niederschönhausen, Pantom usw. in der Buchholzer Straße in Niederschönhausen. Dort war abends in der neunten Stunde in der Maschinenfabrik von Carl Wendi in einem Fabrikraum Feuer ausgebrochen, das bei Ankunft der ersten Jüge schon eine solche Ausdehnung erlangt hatte, daß sofort mit mehreren Schlauchleitungen tüchtig gelöst werden mußte. Es gelang eine weitere Ausdehnung zu verhindern.

Lehter Steuerzahlungstag. Das Landesfinanzamt Groß-Berlin teilt folgendes mit: Mit Rücksicht auf den am 1. September erfolgenden Ablauf der Zahlungsfrist für die Rhein- und Ruhrabgabe und die erhöhten Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer werden am Sonnabend, den 1. September, sämtliche Finanzämter sowie die Finanzstellen auch nachmittags für den Verkehr mit dem Publikum offengehalten. Auch die städtischen Steuerstellen bleiben an diesem Tage länger als üblich geöffnet. — Bei verspäteter Zahlung ist nach dem Steuerinsgesetz außer Steuerzinsen ein Zuschlag in Höhe des vierfachen Betrages zu entrichten. Soweit nicht bargeldlose Zahlung erfolgt, empfiehlt es sich, das Geld abgezählt in möglichst großen Scheinen mitzubringen.

Unterkunft für die Arbeiterjugend. Immer noch fehlen für die Konferenz der sozialistischen Arbeiterjugend am Sonnabend, den 2. September, ungefähr 30 Quartiere. Genossen, die bereit sind, einen oder zwei Genossen aufzunehmen, wollen dies umgehend an das Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, Telefon Dönhoff 3086/3088, mitteilen. Genossen, stellt die angeforderten Quartiere bereitwilligst zur Verfügung.

Publikum. Der frühere Straßenbahnkondukteur Emil C. Schuller, 34, bezieht heute seinen 80. Geburtstag. C. der vom Jahre 1875—1908 als Schaffner bei der Großen Berliner Straßenbahn Dienst getan hat, büßte wohl die Allzeit, zurzeit lebende Berliner Straßenbahnkondukter sein. Mit einer Pension, die im August mit 400 000 M. betrug, führt er jetzt ein „Jocgesfreies“ Leben. — Im Hause der „Allgemeinen Arbeitervereine“ teilt am 1. September der Schriftführer Genosse Karl Schiller, Pantom, Albrechtstr. 24, sein 50jähriges Jubiläum. — Am 1. September bezieht Frau Ottilie Kempe ihr 50jähriges Jubiläum im Hause von Frau Sonn-Dorn.

In der Kaplan-Sternwarte finden in der kommenden Woche folgende Filmvorstellungen statt: 2. September, 4 Uhr: „Christus Columbus“, 8 Uhr: „Schiffahrt Schwanenstern“, 8 Uhr: „Mutter des Schmeißers“, 8. September, 4 Uhr: „Mutter der Regenwürmer“, 1. September, 8 Uhr: „Ausflug in die Sternwarte“, 8. September, 8 Uhr: „Kampf mit dem Bären“, 8. September, 8 Uhr: „Alte aus dem Klischee“, 8. September, 8 Uhr: „Eine Fuchsjagd auf Scherkeulen durchs Orgeln“.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und nieselhaft, nachts sehr kühl, in den Morgenstunden warm bei mäßigen westlichen Winden.

Strandung eines deutschen Dampfers an der marokkanischen Küste. Nach einem in Hamburg eingegangenen Bericht aus Gibraltar ist der deutsche Dampfer „Gutenfels“ an der marokkanischen Küste gestrandet und sitzt mittschiffs auf einem Felsen fest. Die Lage des Schiffes ist gefährlich. Der Maschinenraum, zwei weitere Räume, sowie mehrere Tanks stehen voll Wasser. Die Ressel sind nicht mehr betriebsfähig. Bergungsdampfer sind zur Stelle, ein Teil der Ladung ist gelöscht. — Das Unglück, das den französischen Handelsdampfer „Deputé Emil Driant“ auf dem Wege von New Castle nach Kona in Kermelkanen betroffen hat, stellt sich als außerordentlich schwer heraus. Von der gesamten Besatzung sind nicht weniger als 10 ertrunken. Nur 5 Personen sind gerettet.

Großfeuer in einem rheinischen Dorf. Am Donnerstag nachmittag entzünd in Bevergern beim Einfahren der Ernte Großfeuer, dem neun Häuser zum Opfer fielen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr von Rheine ist es zu verdanken, daß nicht der ganze Ort vernichtet wurde. Der Schaden geht in die Hunderte von Millionen, da die ganze aufgespeicherte Ernte vernichtet ist und die Häuser nur zu einem Teil verschont waren.

